

Berner Oberländer
3800 Interlaken
033/ 828 80 40
www.berneroberlaender.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 17'675
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.084
Abo-Nr.: 1077523
Seite: 2
Fläche: 113'516 mm²

NEUES ZWEITWOHNUNGSGESETZ AUSWIRKUNGEN AUF DIE BERNER OBERLÄNDER BAUBRANCHE «Es gibt Firmen, die 40 Prozent ihres Personals abgebaut haben»



Die Baubranche im Berner Oberland rechnet trotz der baldigen Rechtssicherheit nicht mit einer Zunahme der Bauprojekte.

Keystone

Seit letzter Woche ist klar: Das Zweitwohnungsgesetz wird restriktiver als von der Baubranche erhofft. Trotzdem beurteilt der Geschäftsführer des bernischen Baumeisterverbandes den Kompromiss für die Unternehmen im Oberland als tragbar.

Vera Weber bezeichnet den Kompromiss in der Misere um das Zweitwohnungsgesetz als «Akt der Vernunft», CVP und BDP als «Verrat an den Berggebieten». Was sagen Sie zum verabschiedeten Gesetz?

Peter Sommer: Wir bezeichnen das Gesetz nicht als Verrat, sondern sind grundsätzlich froh, dass endlich eine Lösung gefunden wurde. Durch das schriftliche Abkommen zwischen Parlament und Initianten ist das Referendum vom Tisch. Ein solches wäre eine unsägliche Sache geworden, weil die Rechtsunsicherheit noch länger angedauert hätte. Nichtsdestotrotz sind wir von der Lösung nicht begeistert. Wir haben gehofft, dass für die Baubranche noch ein bisschen mehr rausgeholt wird. Da es aber nun so ist, müssen wir mit dem Gesetz leben und nach vorne schauen.

Es gewährt ja auch weiterhin viel Spielraum...

Ich glaube auch, dass man dies so sagen kann. Unmittelbar nach der Abstimmung über die Initiative dachte ich, dass dies eine Ka-

tastrophe ist. Wenn ich jetzt aber sehe, wie das Gesetz ausgestaltet ist, kann man schon von einem Kompromiss sprechen. Ich bin auch ausserordentlich froh, dass die Fondation Weber Verständnis gezeigt und vielleicht auch ein bisschen gemerkt hat, dass sie ansonsten zu weit gegangen wäre.

Dann sind die Kompromisse für das Baugewerbe im Oberland tragbar?

Ich würde sagen, ja. Aber die Frage ist auch, was tragbar heisst. Die Unternehmen werden reagieren müssen. Ich weiss beispielsweise von Firmen, die ihren Personalbestand um 40 bis 60 Prozent reduziert haben. Jetzt kann man sagen: Das Unternehmen existiert noch, also ist das auch tragbar. Aber: Im gesamten Kontext gesehen ist die Zweitwohnungsinitiative bereits jetzt unglaublich schmerzhaft für die betroffenen Regionen. Ausgehend vom gesamten Bauvolumen im Kanton Bern jedoch sind die Auswirkungen sicher tragbar.

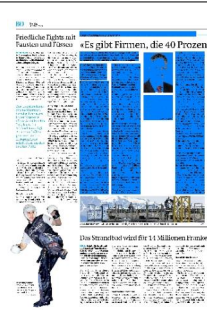
Was für Regionen werden im

Oberland besonders schwer am Kompromiss zu schlucken haben?

Es sind die grossen Namen: Saanenland, Grindelwald und teilweise auch Adelboden. Aus Grindelwald erhalten wir jedoch Rückmeldungen, die besagen, dass sie noch keine so grossen Auswirkungen spüren. Es gab dort aber in den letzten Jahren einige grosse Projekte im Dorf. Trotzdem werden die Folgen auch in Grindelwald bald spürbar sein.

Insbesondere der Ständerat wollte nichts davon wissen, dass die aufgrund von Einsprachen sistierten Bauprojekte aus dem Jahr 2012 doch noch realisiert werden können. Wie stark trifft dies die hiesige Baubranche?

Es ist ein grosser Wermutstropfen. Wir haben uns tatsächlich erhofft, dass diese 2000 Projekte schweizweit noch gebaut werden können. Wie gross jedoch das Auftragsvolumen ist, das im Oberland dadurch verloren geht, ist schwer zu beurteilen. Bei den Auftragseingängen verzeichnen wir seit dem Jahr 2012 einen Einbruch von circa 60 Millionen Franken. Wie viel aufgrund der angesprochenen Projekte zusätzlich hinzukommt, ist schwer



Berner Oberländer
3800 Interlaken
033/ 828 80 40
www.berneroberlaender.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 17'675
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.084
Abo-Nr.: 1077523
Seite: 2
Fläche: 113'516 mm²

zu beurteilen.

Aufgrund gewisser Artikel wird bereits ein endloser Juristenstreit erwartet. Teilen Sie diese Auffassung?

Ja, damit müssen wir rechnen. Wir haben bereits heute mit relativ vielen Rechtsstreitereien zu kämpfen. Tendenziell wird sich dies mit dem neuen Gesetz verstärken und zusätzliche Kosten generieren. Diese werden das Bauen weiter verteuern. Der Unternehmer selber hat dadurch unter dem Strich nicht mehr Geld im Sack, aber der Bauherr muss es trotzdem bezahlen.

Was bedeutet die nun bevorstehende Rechtssicherheit konkret für die Oberländer Bauunternehmer?

Das Schlimmste für die Unternehmungen war die Unsicherheit. Dadurch konnten sie weder in Bezug auf die Belegschaft noch auf ihre Arbeitsvorräte planen. Jetzt aber wissen sie, wie es mit den blockierten Projekten weitergeht, selbst wenn ein grosser Teil davon nicht gebaut werden kann. Aber auch bereits vor der

den Hochbau ausgerichtet sind, bekommen die Zweitwohnungsinitiative also stark zu spüren. Ich will aber auch nicht einfach nur jammern und sagen, dass die Bauwirtschaft übermorgen untergeht.

Trotzdem sagten Sie Ende 2013, dass in den nächsten zwei Jahren jeder zweite Arbeitsplatz im Bauhauptgewerbe im Oberland gefährdet sei. In Zahlen ausgedrückt wären dies 600 Angestellte gewesen. War das also schlicht übertrieben?

Nein, das ist nicht so weit neben der Wahrheit. Trotzdem war die Zahl von 600 Angestellten bei 1200 bis 1500 Arbeitsplätzen im

Abstimmung über die Zweitwohnungsinitiative wurden diverse Projekte mit Einsprachen eingedeckt, die noch nicht realisiert wurden. Diese dürften nun bald zur Ausführung kommen. Die Unternehmungen können sich auch auf die neue Situation einstellen und die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Rechnen Sie auch wieder mit einem Anstieg der Anzahl Bauprojekte?

Nein, damit rechne ich nicht. Ich hoffe, dass die Anzahl Bauprojekte auf dem heutigen tiefen Stand bleibt und nicht mehr weiter einbricht.

Sie haben es gesagt: ein Auftragseinbruch von 60 Millionen Franken seit 2012. Wie schlimm steht es um die Oberländer Baubranche?

In den absoluten Spitzenjahren 2007/2008 hatten wir einen doppelt so hohen Auftragseingang wie heute. Tendenziell herrschte damals vermutlich aber auch eine Überhitzung. Hinzu kommt, dass wir im Oberland nur wenige Infrastrukturprojekte im Tiefbau haben, die eine Basisauslas-

Oberland die obere Grenze. Masslos übertrieben war es deshalb nicht. Wie gesagt: Ich weiss von Firmen, die 40 bis 60 Prozent ihres Personals abbauen müssen oder bereits abgebaut haben. Nichtsdestotrotz sind das nur einzelne Rückmeldungen. Konkrete Zahlen liegen nur für den gesamten Kanton vor, und auch dort gingen diese zurück. Die Reduktion um 40 bis 50 Prozent ist aber noch nicht der heutige Stand. Diverse Projekte sind momentan ja noch am Laufen. Es wird somit ein bis zwei Jahre dauern, bis sich die Arbeitssituation konsolidiert hat.

Führt die schlechte Auftragslage

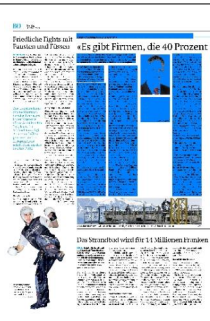
tung ermöglichen würden. Die Unternehmer, die durch den Wohnungsbau mehrheitlich auf



«Bei den Auftrags-
eingängen verzeich-
nen wir seit dem
Jahr 2012 einen
Einbruch von
circa 60 Millionen
Franken.» Peter Sommer

auch zu einer weiteren Verschärfung des Preiskampfes unter den Unternehmen?

Das wird sicherlich geschehen. Obschon der Druck bereits heute hoch ist, wird dieser noch weiter zunehmen. Dies führt dazu, dass die Unternehmer weiter Personal abbauen und die Arbeitszeiten möglichst optimieren werden. Das würde heissen, dass während der Spitzenzeiten bis ans Limit des Arbeitsgesetzes gearbeitet wird und in der Zwischensaison wieder Stunden abgebaut werden. Manche Un-



Berner Oberländer
3800 Interlaken
033/ 828 80 40
www.berneroberlaender.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 17'675
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.084
Abo-Nr.: 1077523
Seite: 2
Fläche: 113'516 mm²



Diffuse Situation rund um Zweitwohnungen: Peter Sommer hofft, dass das verabschiedete Gesetz nicht nur hier in Grindelwald Klarheit bringt.

ternehmungen orientieren sich zudem sehr stark in Richtung Mittelland. Dies führt natürlich auch dort zu einer Zunahme des Preisdrucks. Ich glaube auch, dass sich einige Unternehmer die Frage stellen werden, ob sie unter diesen Voraussetzungen ihren Betrieb überhaupt noch weiterführen wollen.

Sie gehen auch von Betriebs-schliessungen aus.

Ja. Es wird eine Verlagerung in Richtung von Grossbetrieben geben.

Bereits wurde der Ruf nach einem finanziellen Rettungspaket für die Berggebiete laut. Was halten Sie von dieser Idee?

Davon halte ich nicht viel. Solche Rettungspakete entsprechen nicht der Konjunktur und sind nur kurzfristiges Strohfeuer. Es wäre viel besser, wenn die öffentliche Hand ihre Bauinvestitionen nicht weiter kürzen, sondern verstetigen würde.

Wobei von diesen Investitionen wohl kaum Unternehmen in Berggebieten profitieren dürften...

Ja, in Bezug auf die Zweitwohnungsinitiative wäre dies nicht der Fall.

Mit was für Gefühlen blicken Sie in die Zukunft?

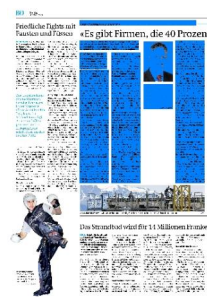
Die gesamte Raumplanung und die Revision des Baugesetzes bereiten mir bereits heute fast so viele Bauchschmerzen wie die Zweitwohnungsinitiative. Ebenso die Kulturlandinitiative. Würde diese so umgesetzt, wie sie heute auf dem Papier ist, wäre dies faktisch ein Einzonungsverbot, und die Branche könnte sich definitiv nicht mehr entwickeln.

Interview: Marius Aschwanden

Datum: 17.03.2015

BO BERNER OBERLÄNDER

und Oberländisches Volksblatt OV



Berner Oberländer
3800 Interlaken
033/ 828 80 40
www.berneroberlaender.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 17'675
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.084
Abo-Nr.: 1077523
Seite: 2
Fläche: 113'516 mm²

Zur Person: Peter Sommer aus Wynigen ist Geschäftsführer des Kantonal-Bernischen Baumeisterverbandes und seit 2006 für die FDP im Grossen Rat tätig.

ANZAHL BETROFFENER GEMEINDEN

Oberland an der Spitze Im Kanton Bern sind gemäss der aktuellsten Liste des Bundesamtes für Raumentwicklung 48 Gemeinden von der Zweitwohnungsverordnung und dem -gesetz betroffen. Schweizweit sind es 440 Kommunen. In diesen Gemeinden liegt der Anteil Zweitwohnungen bei über 20 Prozent. Ursprünglich war die Zahl höher. Verschiedene Gemeinden konnten aber den Beweis erbringen, dass ihr Zweit-

wohnungsanteil bei unter 20 Prozent liegt. Darunter fallen auch Gemeinden aus dem Oberland, etwa Frutigen, Ringgenberg oder Oberwil. Nichtsdestotrotz liegen am meisten der von der Zweitwohnungsinitiative betroffenen Kommunen im Oberland – insgesamt 31. Die restlichen «Zweitwohnungsgemeinden» befinden sich im Jura. Angeführt wird die kantonale Liste von Lenk mit einem Zweitwohnungsanteil von 69 Prozent. *mab*